

Gastkolumne von Norman Paech

Die Arroganz des Schuldners

Offensichtlich haben wir uns schon zu sehr an Schäubles Ton gegenüber Griechenland gewöhnt, als dass wir uns über die Arroganz empören könnten, mit der die Bundesregierung und die tonangebenden Medien die Forderungen nach Entschädigung für die furchtbaren Verbrechen von SS und Wehrmacht in Griechenland und die Rückzahlung des Kriegskredits, den die Deutschen den Griechen diktieren, zurückweisen. Das ist einerseits eine Frage der Moral, von der die Regierung nichts wissen will, andererseits aber auch eine Frage des Rechts, die sie nicht beliebig verbiegen kann.

Die Kriegsverbrechen während der deutschen Besatzung sind unbestritten. Die Ortschaften Distomo, Kalavrita und Kommeno stehen nur für einige der zahlreichen barbarischen Massaker an der griechischen Zivilbevölkerung. Dafür hat der deutsche Staat niemals Entschädigung geleistet. Ihr wurde 1953 dafür in London Aufschub bis zu einem Friedensvertrag gewährt. Alle deutschen Regierungen taten alles, um einen solchen das Moratorium beendenden Vertrag zu vermeiden. 1990 verfiel sie schließlich auf den Trick, ihre Souveränität mit einem Friedensvertrag zurückzugewinnen, der nur nicht so genannt wurde, der berühmte Zwei-plus-vier-Vertrag im Jahr 1990. Das Moratorium war beendet, die griechischen Regierungen haben niemals auf Reparationen verzichtet, doch waren sie zu schwach, den Deutschen die Rechnung zu präsentieren. Nur die Opfer aus Distomo erwirkten beim Areopag* eine Verurteilung Deutschlands zur Zahlung von heute 28 Millionen Euro. Aber die Deutschen verweigerten nicht nur jede Zahlung, sie waren nicht einmal zu Gesprächen mit ihren Opfern bereit.

Erst die neue Syriza-Regierung wagte sich an das heiße Thema und präsentierte eine weitere noch offene Rechnung. Auch ihr Grund ist



Foto: Dontworry/wikimedia.com/CC BY-SA 4.0

unbestritten, ein Zwangskredit über 568 Millionen Reichsmark, den die Nazis sich auch verpflichtet hatten, zu tilgen. Bis 1945 haben sie 92 Millionen Reichsmark zurückgezahlt, doch nach dem Krieg stockten die Zahlungen und so blieb ein Rest von 476 Millionen Reichsmark offen. Das sind heute etwa 11 Milliarden Euro, die die griechische Regierung nun zurückfordert. Eine Unverschämtheit, wie die deutsche Presse schäumt? In der Tat eine Unverschämtheit der deutschen Regierung, selbst Verhandlungen darüber mit Athen abzulehnen.

Jahrzehntelang haben es die griechischen Regierungen nicht gewagt, die Deutschen mit ihrer eigenen Geschichte zu konfrontieren. Es jetzt zu tun, ist ein Akt der Befreiung vom alten Regime und der Gerechtigkeit für die Opfer.

* Der Areopag oder Arios Pagos ist das oberste Gericht der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit in Griechenland.